

Berichtüber die 24. Tagung des Statistischen Beirats
am 7. Juni 1977Anwesende:

Präsidentin Dr. Bartels (als Vorsitzende)	Statistisches Bundesamt	Wiesbaden
--	-------------------------	-----------

A. Vertreter der Bundesministerien und Bundesbehörden

Dahms	Bundeskanzleramt	Bonn
Dr. Ordemann	Bundesmin. des Innern	Bonn-Tannen- busch
Pohl	Bundesmin. des Innern	Bonn-Tannen- busch
Dr. Friebe	Bundesmin. der Finanzen	Bonn
Dr. Kolfenbach	Bundesmin. für Wirtschaft	Bonn-Duisdorf
Hix	Bundesmin. für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	Bonn-Duisdorf
Gross	Bundesmin. für Arbeit und Sozialordnung	Bonn-Duisdorf
Dr. Michel	Bundesmin. der Verteidigung	Bonn
Legat	Bundesmin. für Verkehr	Bonn-Bad Godesberg
Meinel	Bundesmin. für das Post- und Fernmeldewesen	Bonn
Menge	Bundesmin. für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	Bonn-Bad Godesberg

Frau Bolle	Bundesmin. für Forschung und Technologie	Bonn-Bad Godesberg
Dr. Freund	Bundesmin. für Bildung und Wissenschaft	Bonn-Bad Godesberg
Probst	Bundesmin. für wirtschaft- liche Zusammenarbeit	Bonn
Dr. Dr. Karehnke	Bundesrechnungshof	Frankfurt/Main
Thiele	Bundesrechnungshof	Frankfurt/Main
Dr. Butt	Bundesrechnungshof	Frankfurt/Main
Honscha	Bundesrechnungshof	Frankfurt/Main
Gade	Deutsche Bundesbahn	Frankfurt/Main
Dr. Hanau	Deutsche Bundesbank	Frankfurt/Main

B. Vertreter der Statistischen Landesämter

Dr. Mohr	Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein	Kiel
Dr. Hruschka	Statistisches Landesamt Hamburg	Hamburg
Dr. Hotopp	Niedersächsisches Landes- verwaltungsamt - Statistik -	Hannover
Dr. Matti	Statistisches Landesamt Bremen	Bremen
Benker	Landesamt für Datenver- arbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf
Dr. Benz	Hessisches Statistisches Landesamt	Wiesbaden
Dr. Nellessen	Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz	Bad Ems
Deininger	Statistisches Landesamt Baden-Württemberg	Stuttgart
Dr. Scheingraber	Bayerisches Statistisches Landesamt	München

Dr. Kunkel	Statistisches Amt des Saarlandes	Saarbrücken
Prof. Dr. Hanisch	Statistisches Landesamt Berlin	Berlin

C. Vertreter der Verbände und Organisationen

Wimmer	Deutscher Städtetag	Köln
Dr. Meichsner	Deutscher Landkreistag	Bonn
Dr. Peckolt	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Kriegbaum	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.	Köln
Dr. Hartmann	Deutscher Industrie- und Handelstag	Bonn
Dr. Vogt	Zentralverband des Deutschen Handwerks	Bonn
Backs	Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels	Köln
Langsch	Gesamtverband der Versicherungswirtschaft e.V.	Köln
Frau Dr. Edelmann	Arbeitsgemeinschaft Energie (AGE)	Frankfurt/Main
Bretschneider	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände	Köln
Nienhaus	Gesamtverband gemeinnütziger Wohnungsunternehmen e.V.	Köln
Dr. Markmann	Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI)	Düsseldorf
Dr. Glastetter	Wirtschafts- und sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (WSI)	Düsseldorf

Birkhan	Deutsche Angestellten- Gewerkschaft	Hamburg
Dr. Hülden	Deutscher Beamtenbund	Bonn-Bad Godesberg
Dr. Geißendörfer	Deutsche Bauernverband e.V.	Bonn-Bad Godesberg
Prof. Dr. Krengel	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	Berlin
Prof. Dr. Schwenzner	Präsidialausschuß Markt- forschung beim Rationali- sierungskuratorium der Deutschen Wirtschaft	Frankfurt/Main
Frau Wallenfang	Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates	Köln
Danielzig	Statistik der Kohlen- wirtschaft	Essen

D. Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder

Dr. Mohr	Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultus- minister der Länder	Bonn
----------	---	------

E. Statistisches Bundesamt

Dr. Jacob; Schlüter, Zindler, Dr. Hamer, Prof. Sobotschinski, Herberger,
Kunz, Hansen, Dr. Schwarz; Gruppenleiter und Referenten.

Tagesordnung

	Seite
I. <u>Ergebnis der Überprüfung des Programms der Bundes-</u> <u>statistik durch den Abteilungsleiterrausschuß</u> <u>Statistik</u>	2
II. <u>Vorbereitung der Volkszählung 1981</u>	8
III. <u>Weitere ausgewählte Arbeiten im Rahmen der Amtsarbeit</u>	
1. Umbasierung der Preis- und Mengenindizes auf das neue Basisjahr 1976	15
2. Stand der Rechtsgrundlagen	17
3. Beirats- und Fachausschußarbeit	18
4. Verschiedenes	
Bericht über den Stand der Arbeiten an der Statistischen Datenbank	19

B e r i c h t

Präsidentin Dr. Bartels eröffnet die 24. Tagung des Statistischen Beirats und begrüßt die Teilnehmer, darunter vor allem die neuen Beiratsmitglieder.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Statistische Beirat seiner verstorbenen Mitglieder. Frau Dr. Bartels würdigt in einem Nachruf die Verdienste des am 4. Februar 1977 verstorbenen Dr. Günther Schwartz, der den Bundesverband der Deutschen Industrie als ständiges Gastmitglied vertrat und auch dem Vorstand der Deutschen Statistischen Gesellschaft angehörte. Worte des Gedenkens widmet Frau Dr. Bartels auch dem bereits im Frühjahr vergangenen Jahres verstorbenen Mitglied des Statistischen Beirats, Ministerialrat Dr. Hans Schumann vom Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen, sowie dem am 17. Februar 1977 verstorbenen ehemaligen Präsidenten des Bayerischen Statistischen Landesamtes, Dr. Alban Haas.

Die Bekanntgabe der seit der letzten Tagung eingetretenen personellen Veränderungen verbindet Frau Dr. Bartels mit dem Dank für die gute Zusammenarbeit an mehrere langjährige Mitglieder des Statistischen Beirats. Dr. Hartmann vom Deutschen Industrie- und Handelstag, der im Laufe des Jahres 1977 in den Ruhestand treten wird, gehörte dem Statistischen Beirat seit dessen Gründung und zuvor schon seit 1950 dem Statistischen Ausschuß für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet an und hat seit dieser Zeit die Amtsarbeit in wertvoller Weise unterstützt. Stellvertretend für viele andere Mitglieder des Statistischen Beirats aus Kreisen außerhalb der öffentlichen Verwaltung, würdigt Frau Dr. Bartels ferner die Verdienste von Dr. Peckolt vom Bundesverband der Deutschen Industrie, der über das 65. Lebensjahr hinaus im Statistischen Beirat mitarbeitet, und von Prof. Krengel, der seit langen Jahren mit der Arbeit des Amtes eng verbunden ist. In diesem Zusammenhang hebt Frau Dr. Bartels die besondere Bedeutung hervor, die dem Statistischen Beirat zukommt, da er als einziges Gremium sowohl Auftraggeber und Produzenten der Statistik als auch Konsumenten und Auskunftspflichtige der Statistik umfaßt.

Zu Punkt I der Tagesordnung begrüßt Frau Dr. Bartels Ministerialdirektor Dr. Ordemann vom Bundesministerium des Innern, der über das Ergebnis der Überprüfung des Programms der Bundesstatistik durch den Abteilungsausschuß Statistik berichten wird. An die Behandlung dieses Problemkreises soll sich als Hauptdiskussionsthema die "Vorbereitung der Volkszählung 1981" anschließen.

Zum Tagungsordnungspunkt "Verschiedenes" liegt ein Antrag des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Stand der Arbeiten an der Statistischen Datenbank vor. Das Statistische Bundesamt wird hierzu einen Sachstandsbericht geben. Weitere Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht geäußert.

I. Ergebnis der Überprüfung des Programms der Bundesstatistik durch den Abteilungsleiterausschuß Statistik

Anknüpfend an die Erörterung der Arbeiten des Abteilungsleiterausschusses Statistik auf vorangegangenen Tagungen des Statistischen Beirats soll der heutige Bericht - wie Ministerialdirektor Dr. Ordemann ausführt - einen vorläufigen Schlußstrich unter die zweijährige Tätigkeit des Abteilungsleiterausschusses Statistik setzen. Dr. Ordemann ruft zunächst die Anfänge der Überprüfungsaktion noch einmal in Erinnerung. Mit Beschluß vom 12. März 1975 hatte die Bundesregierung den Abteilungsleiterausschuß Statistik eingesetzt und ihm die Aufgabe übertragen, die bestehenden und geplanten Statistiken der Bundesressorts auf ihre gegenwärtige und künftige Notwendigkeit als politische Entscheidungsgrundlage zu überprüfen. Nach einer Bestandsaufnahme aller bestehenden und bis 1981 geplanten Statistiken anhand eines standardisierten Fragebogens wurde im Januar 1976 mit der ressortweisen Einzelprüfung der Bundesstatistiken begonnen, die auf Bundesebene inzwischen weitgehend abgeschlossen ist. Parallel dazu haben die Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Landesämter, denen alle Unterlagen des Abteilungsleiterausschusses Statistik zugeleitet wurden, ebenfalls über die Kürzungsvorschläge und Empfehlungen des Abteilungsleiterausschusses Statistik beraten. Mit einem Abschluß dieser Beratungen ist Mitte des Jahres zu rechnen.

Wie Dr. Ordemann ausführt, ist es dem Abteilungsleiterausschuß Statistik in sorgfältiger und mühevoller Kleinarbeit gelungen, zahlreiche Einsparungsvorschläge zum bestehenden Programm der Bundesstatistik zu erarbeiten und Orientierungsrichtlinien hinsichtlich der Planungsvorhaben bis 1981 zu entwickeln, durch die eine erneute Kumulierung der Arbeitsbelastung in den Statistischen Ämtern vermieden werden soll. Über die nationalen Statistiken hinaus hat der Ausschuß auch Kürzungsvorschläge und Empfehlungen zum Statistischen Programm der Europäischen Gemeinschaften erarbeitet.

Die finanziellen Auswirkungen aller Vorschläge und Empfehlungen auf Bundesebene lassen sich noch nicht abschließend darstellen. Dr. Ordemann räumt ein, daß nicht alle Erwartungen, die an die Arbeit des Abteilungsleiterausschusses, insbesondere im Hinblick auf das bestehende statistische Programm geknüpft worden sind, realisiert werden konnten.

Ein Abschlußbericht über die Arbeiten des Abteilungsleiterausschusses Statistik sowie eine tabellarische Übersicht über die einzelnen Kürzungsvorschläge und Empfehlungen zur Vorlage bei den Staatssekretären wird zur Zeit im Bundesministerium des Innern erstellt. Nach Abschluß der Beratungen auf Länderebene soll dann dem Bundeskabinett ein Bericht vorgelegt werden, der auch die Auffassung der Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Landesämter darlegt. Zum weiteren Vorgehen führt Dr. Ordemann aus, daß die Kürzungsvorschläge des Abteilungsleiterausschusses Statistik, soweit sie gesetzesrelevant sind, nach Billigung durch das Bundeskabinett ihren Niederschlag in einem Artikelgesetz finden sollen. Um eine umfassende Unterrichtung der Gesetzgebungsorgane nicht nur über die gesetzesrelevanten Kürzungsvorschläge sicherzustellen, sollen Bundestag und Bundesrat darüber hinaus auch die Abschlußberichte erhalten.

Wie Dr. Ordemann abschließend ausführt, wird das Bundesministerium des Innern auch den Statistischen Beirat im Hinblick auf die hier vertretenen Konsumenten und Interessenten der Statistik über die einzelnen Vorschläge des Abteilungsleiterausschusses Statistik informieren. Hierbei ist beabsichtigt, den Beiratsmitgliedern die tabellarischen Übersichten über die für jedes Ressort getroffenen Kürzungsvorschläge und Empfehlungen zuzuleiten. Damit wird zunächst die Möglichkeit der schriftlichen Stellungnahme eröffnet; ggf. könnten diese Vorschläge auch im Rahmen einer besonderen Tagung des Statistischen Beirats erörtert werden.

Mit dem Dank an Dr. Ordemann für seinen Bericht sowie für sein Engagement bei der Leitung des Abteilungsleiterausschusses Statistik eröffnet Frau Dr. Bartels die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Den Wert der Arbeiten des Abteilungsleiterausschusses sieht sie insbesondere darin, daß eine gute Grundlage für realistische Zukunftsplanungen in den Statistischen Ämtern geschaffen wurde. Als ersten Erfolg dieser Bemühungen weist Frau Dr. Bartels darauf hin, daß diese klaren Planungen bereits zu einer Erleichterung der laufenden Haushalts-Verhandlungen des Statistischen Bundesamtes geführt haben. Auch die hierdurch erreichte

Straffung des Statistischen Programms der Europäischen Gemeinschaften stellt nach Ansicht von Frau Dr. Bartels einen wichtigen Fortschritt auf dem Weg zu einer Abstimmung von Aufgaben- und Mittelplanung dar.

Auf die Beratungen der Dienstaufsichtsbehörden der Statistischen Landesämter eingehend, ergänzt Dr. Hruschka, daß eine abschließende Besprechung über das statistische Programm des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Bundesministeriums für Wirtschaft am 13. Juni 1977 stattfinden wird.

Aus der Sicht der Konsumenten der amtlichen Statistik stellt Prof. Krengel die Frage, ob im Rahmen der Überprüfungsaktion des Abteilungsleiters Ausschusses Statistik das Augenmerk einseitig auf Einsparungen gerichtet war oder ob auch Lücken im statistischen Programm festgestellt wurden.

Dr. Ordemann führt hierzu aus, daß statistisch bisher nicht erfaßte Sachgebiete nur insoweit erörtert wurden, als die Ressorts entsprechende Vorhaben angemeldet hatten. Der Abteilungsleiters Ausschuß ist jedoch in einigen Fällen - auf Anregung der beteiligten Ressorts oder der Statistischen Ämter - mit seinen Beschlüssen über die Anforderungen des federführenden Ressorts hinausgegangen.

Wie zuvor Frau Dr. Bartels begrüßt auch Dr. Peckolt, daß die Beiratsmitglieder über die Ergebnisse der Arbeiten des Abteilungsleiters Ausschusses Statistik im einzelnen unterrichtet werden sollen und - falls erforderlich - im Rahmen einer Sondersitzung des Statistischen Beirats Gelegenheit zu einer ausführlichen Diskussion besteht. Im Hinblick auf die noch nicht abgeschlossenen Abstimmungsgespräche innerhalb der Bundesregierung und zwischen Bund und Ländern pflichtet er Dr. Ordemann bei, daß eine Einzeldiskussion im Augenblick noch verfrüht ist. Seine Frage nach den in der ersten Phase der Überprüfung des Statistischen Programms ausgeklammerten Querschnittsaufgaben beantworten Frau Dr. Bartels und Dr. Ordemann dahingehend, daß es sich hierbei u.a. um die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Indexberechnungen handelt, die - ebenso wie die Geschäftsstatistiken - aus arbeitsmäßigen Gründen zunächst zurückgestellt wurden und ggf. in einem zweiten Schritt in die Überprüfung einbezogen werden sollen.

Ausgehend von den ursprünglichen Terminvorstellungen für die Realisierung des geplanten Artikelgesetzes, das die rechtliche Grundlage für

die Änderungen im Statistischen Programm darstellen soll, erkundigt sich Dr. Benz nach dem neuen Zeitplan für dieses Gesetz. Wie Dr. Ordemann erklärt, läßt der Umfang der erforderlichen Abstimmungsarbeiten noch keine feste Terminplanung zu. Das Bundesministerium des Innern ist jedoch bestrebt, den Entwurf bis Ende des Jahres dem Kabinett vorzulegen. Angesichts der schwierigen und umfangreichen Arbeiten, die mit der Überprüfung des Statistischen Programms durch den Abteilungsleiterausschuß Statistik verbunden waren, und der unterschiedlichen Interessenlagen, die es zu berücksichtigen gilt, hält er es jedoch nicht für angebracht, die abschließenden Arbeiten unter Zeitdruck voranzutreiben.

Die Diskussion wendet sich danach allgemeinen Fragen der Organisation des Statistischen Dienstes zu. Anknüpfend an frühere Erörterungen im Statistischen Beirat, stellt Dr. Peckolt die Frage, ob der in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der amtlichen Statistik bestehende Arbeitsschnitt zwischen Bund und Ländern - in Anbetracht der Schwierigkeiten, wie sie sich bei der Umstellung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe gezeigt haben - wirklich die kostengünstigste und, was wichtiger ist, die effizienteste Lösung ist. Er verweist auf die bei Verabschiedung des Grundgesetzes noch nicht vorhersehbare technische Entwicklung auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung, die Anlaß gibt, die, wie er einräumt, schwierige Frage der Arbeitsverteilung zwischen Bund und Ländern neu zu überdenken und ggf. neu zu regeln. Andernfalls sollten die Auswirkungen gewisser Schwächen des Systems auf die Genauigkeit und Aktualität der statistischen Ergebnisse sowie die Kosten der Durchführung von Statistiken offen zum Ausdruck gebracht werden. Dr. Peckolt sieht in der effizienten Durchführung von Statistiken eine Gemeinschaftsaufgabe und unterstreicht die Bereitschaft der Industrie, konstruktiv mitzuarbeiten. An die Statistischen Ämter richtet er daher die Bitte, auch in Zukunft für eine umfassende Information der Konsumenten und Lieferanten der Statistik über entstandene Schwierigkeiten Sorge zu tragen. Dr. Peckolt bringt abschließend noch einige fachstatistische Probleme zur Sprache, an deren Lösung seitens der Industrie besonderes Interesse besteht, u.a. die Erfassung von Großaufträgen in der Auftragseingangstatistik und die Verlagerung von Aufträgen aus dem Inland ins Ausland und umgekehrt.

In ihrer Stellungnahme geht Frau Dr. Bartels auf die Probleme ein, die mit der Ende 1975 gesetzlich geregelten Umstellung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe auf ein modernen Anforderungen entsprechendes,

leistungsfähiges Erhebungssystem verbunden sind. Neben der Vereinheitlichung der Berichtskreise, Abschneidegrenzen und Merkmalskataloge haben insbesondere die Einbeziehung des Produzierenden Handwerks und die Umstellung auf Unternehmen als primäre Erhebungseinheit zu erheblichen Mehrarbeiten in den Statistischen Ämtern geführt. Außerdem war gleichzeitig die Änderung der Wirtschaftszweigsystematik und die Umstellung der gesamten Aufbereitung auf vollmaschinelle Bearbeitung vorzunehmen. Insgesamt standen hierfür die erforderlichen personellen und sachlichen Kapazitäten nicht in allen Fällen in ausreichendem Maße zur Verfügung. Im Zuge der Vereinheitlichung der Statistiken sind - wie Frau Dr. Bartels ausführt - auch Unstimmigkeiten, die in früherer Zeit nicht erkannt werden konnten, sichtbar geworden und mußten erst einzeln bereinigt werden. Diese Arbeitsbelastung hat zumindest in der Übergangsphase dazu geführt, daß die Statistischen Ämter an die Grenzen des derzeitigen statistischen Systems gestoßen sind. Vor einer weiteren Diskussion dieser weitgehend im organisatorischen Bereich liegenden Fragen im Statistischen Beirat hält sie es für angebracht, zunächst im Kreis der Leiter der Statistischen Ämter nach Lösungsmöglichkeiten für die entstandenen Probleme zu suchen, wie es für den folgenden Tag in einer Sondersitzung der Amtsleiterkonferenz vorgesehen ist.

Dr. Kolfenbach macht in seinen Ausführungen das Zusammentreffen der fachlichen Anforderungen der Umstellung der Statistiken mit der Einführung bundesweiter maschineller Programme und einem gesteigerten Rationalisierungsdruck in den Statistischen Ämtern für die derzeitigen Schwierigkeiten verantwortlich. Erschwerend habe sich ferner ausgewirkt, daß gerade in der Umstellungsphase aufgrund der Konjunkturentwicklung besondere Anforderungen an die Statistik gestellt werden. Dr. Kolfenbach verweist in diesem Zusammenhang auf einen Sachstandsbericht, den das Bundesministerium für Wirtschaft beim Statistischen Bundesamt angefordert hat. Nach Vorliegen dieses Berichts wird zu prüfen sein, inwieweit neben fachlichen auch organisatorische Gesichtspunkte für die Schwierigkeiten bei der Durchführung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe ausschlaggebend waren und welche Maßnahmen zur Verbesserung organisatorischer Probleme in die Wege geleitet werden können.

In mehreren Diskussionsbeiträgen klingt die Sorge der Beiratsmitglieder über diese Entwicklung an. Dr. Hanau weist auf die Schwierigkeiten hin, die durch die gegenwärtige Problematik des Monatsberichts einschließlich der Auftragseingangstatistik bei der Analyse der Konjunkturentwicklung

bestehen. Er appelliert an die Statistischen Ämter, alles zu tun, um zumindest die aus der unterschiedlichen personellen und maschinellen Ausstattung der Statistischen Ämter resultierenden Schwierigkeiten bald zu beheben. Angesichts der bisher führenden Stellung der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Industriestatistik ist - wie er betont - eine derartige Entwicklung über längere Zeit nicht tragbar.

Aus der Sicht der Statistischen Landesämter hält Dr. Nellessen es nicht für gerechtfertigt, die Dezentralisierung der Bundesstatistik als alleinige Ursache für die aufgetretenen Probleme anzusehen. Bei der bereits genannten außerordentlichen Sitzung der Amtsleiterkonferenz wird es, wie Dr. Nellessen bekräftigt, vor allem darum gehen, Vorschläge für eine kurzfristige Verbesserung der Situation der Statistiken im Produzierenden Gewerbe zu erörtern.

Die Diskussion zusammenfassend führt Frau Dr. Bartels aus, daß sich die Diskrepanz zwischen Anforderungen an die Statistischen Ämter und vorhandenen Kapazitäten in den einzelnen Ländern unterschiedlich ausgewirkt hat. Ohne Rücksicht auf ihre Größe und Leistungsfähigkeit werden an alle Statistischen Landesämter qualitativ die gleichen Anforderungen gestellt, nämlich ein umfangreiches und differenziertes statistisches Arbeitsprogramm und anspruchsvolle statistische Methoden und Techniken zu bewältigen. Vor allem die kleineren Statistischen Landesämter können in der Regel nicht über die notwendige Zahl von ausreichend spezialisierten, qualifizierten Mitarbeitern verfügen. Hinzu kommen in einigen Ländern noch zusätzliche organisatorische Schwierigkeiten durch die Zusammenarbeit mit ausgelagerten Rechenzentren. Zur Situation der Statistiken im Produzierenden Gewerbe erwartet Frau Dr. Bartels von der Besprechung mit den Amtsleitern einen genaueren Überblick über die aufgetretenen Schwierigkeiten und das weitere Vorgehen. Dabei soll auch geprüft werden, was die Statistischen Ämter durch gegenseitige Hilfeleistung noch zur Lösung der anstehenden Probleme beitragen können. Ein Teil der Schwierigkeiten der Statistischen Landesämter wird aber nach ihrer Auffassung auch in Zukunft weiterbestehen, weil hier Probleme der Organisation berührt sind, die sich dem Einfluß der Statistischen Ämter entziehen.

II. Vorbereitung der Volkszählung 1981

Das Statistische Bundesamt hat zu diesem Tagesordnungspunkt eine umfangreiche Besprechungsunterlage vorgelegt, in der u.a. ein allgemeiner Überblick über Ziele, Inhalt und Durchführung der Volkszählung 1981 gegeben wird. Die Zählung soll - wie 1970 - auch wieder eine Berufszählung einschließen und in Verbindung mit einer allgemeinen Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten durchgeführt werden. Da seit längerem keine Gebäude- und Wohnungszählung stattgefunden hat, soll das Zählungswerk ferner eine Gebäudeerhebung und wohnungsstatistische Feststellungen umfassen.

Aufgaben, Organisation, Erhebungsprogramm und Auswertungsziele der verschiedenen Zählungsteile sind in der Besprechungsunterlage im einzelnen dargelegt. In seiner Einführung beschränkt sich Dr. Jacob daher auf einen kurzen Bericht über das Zustandekommen des Zählungskonzepts, so wie es dem Statistischen Beirat jetzt vorliegt.

Bei der Vorbereitung des Zählungswerkes 1981 wurde - wie Dr. Jacob ausführt - insofern ein neuer Weg beschritten, als der Abteilungsleiterschaß Statistik, der sich im Rahmen seiner Überprüfungsaktion auch mit den bis 1981 geplanten statistischen Vorhaben befaßte, in einer ersten Beratung über die Volkszählung im Juli 1976 bereits einige Vorentscheidungen getroffen hatte. Dazu gehörte u.a. die Festlegung eines Kostenrahmens von 290 Mill. DM (Kostenstand 1.1.1975) für das gesamte Zählungswerk. Der Anteil der mit der Volkszählung verbundenen Gebäudeerhebung und der wohnungsstatistischen Feststellungen an den Gesamtkosten sollte dabei 48 Mill. DM nicht übersteigen. Weiterhin waren nach den Beschlüssen des Abteilungsleiterschaßes Statistik das Standardtabellenprogramm um 50 % zu kürzen und der Merkmalskatalog gegenüber der letzten Volkszählung zu straffen.

Nicht verwirklichen ließ sich der Vorschlag des Abteilungsleiterschaßes Statistik, die Volkszählung - wie 1970 - in einen totalen und einen repräsentativen Zählungsteil zu untergliedern, da eine geeignete Auswahlgrundlage für die Stichprobe nicht vorhanden ist. Stattdessen soll nun ein Teil der fachlich detaillierten Ergebnisse nur auf repräsentativer Basis aufbereitet werden.

Zur Vorbereitung des Zählungswerks wurde im Statistischen Bundesamt eine interne Projektgruppe gebildet, die - auf Anforderung des Bundesministeriums des Innern - auf der Grundlage der Beschlüsse des Abteilungsleiterausschusses und unter Berücksichtigung der wichtigsten nationalen und internationalen Anforderungen ein erstes Konzept für die Volkszählung entwickelt hat. Dieses Konzept war anschließend Gegenstand weiterer Beratungen im Abteilungsleiterausschuß Statistik, an denen neben dem federführenden Bundesressort auch alle anderen interessierten Ressorts teilgenommen und ihre Informationswünsche vorgebracht haben.

Weitere Änderungen und Ergänzungen hat das Konzept in den Beratungen der Länder erfahren; eine abschließende Meinungsbildung findet zur Zeit statt. Im Rahmen einer gemeinsamen Beratung des Abteilungsleiterausschusses Statistik und des Kontaktgremiums der Länder oder ggf. auch im Umlaufverfahren soll das Konzept endgültig verabschiedet werden.

Parallel dazu haben eingehende Beratungen mit den Statistischen Landesämtern stattgefunden. Von der Amtsleiterkonferenz ist im November 1976 eine Arbeitsgruppe "Volkszählung 1981" eingesetzt worden, der als Mitglieder auf Länderseite die Statistischen Landesämter Bayern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg angehören. Zu den Aufgaben dieser Arbeitsgruppe, die inzwischen mehrmals getagt hat, gehören neben methodisch-konzeptionellen Arbeiten auch alle grundsätzlichen organisatorisch-technischen Fragen der Durchführung der Erhebung; so stehen z.B. Fragen der Ausgestaltung der Erhebungsbogen und des Ordnungssystems der Zählung auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung. Auch der zuständige Fachausschuß hat sich bereits im Frühjahr 1977 mit dem Programm der Volkszählung 1981 befaßt; Referentenbesprechungen finden laufend statt.

Zum weiteren Vorgehen führt Dr. Jacob aus, daß beabsichtigt ist, die Besprechungen mit den Ländern und anderen Konsumenten in diesem Jahr so weit abzuschließen, daß im Herbst 1977 der Entwurf eines Zählungsgesetzes vorgelegt werden kann. Der Zeitplan zur Vorbereitung des Zählungswerks sieht weiter vor, das Gesetzgebungsverfahren bis Ende 1978 zum Abschluß zu bringen. Damit werden u.a. auch die Voraussetzungen für eine Probeerhebung im Jahre 1979 geschaffen.

Auf die anderen Zählungsteile eingehend, erläutert Dr. Jacob, daß die Gebäudeerhebung, die einen Gesamtüberblick über alle für Wohn- und Nichtwohnzwecke genutzten Gebäude mit ihren Grundstücken vermitteln soll, fakultativ auch als Vorerhebung durchgeführt werden kann. Hier - wie auch bei der Arbeitsstättenzählung - waren die Wünsche der Konsumenten aus den Beratungen über die für 1975 geplante Gebäude-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung weitgehend bekannt und sind - soweit mit dem vorgegebenen Kostenrahmen vereinbar - im vorliegenden Konzept berücksichtigt worden.

Auf Frage von Herrn Nienhaus kündigt Dr. Schwarz an, daß eine Besprechung des Fachausschusses "Bau- und Wohnungsstatistik" über die Wohnungsstichprobe 1978 und das Konzept der Grundstücks-, Gebäude- und Wohnungszählung nach Möglichkeit noch vor der Sommerpause stattfinden soll.

Ausgehend von der Veröffentlichung der Ergebnisse der Volkszählung 1970, die erst im Jahr 1974 abgeschlossen werden konnte, erkundigt sich Herr Birkhan, welche Zeitvorstellungen für die Bereitstellung der Ergebnisse der Volkszählung 1981 bestehen. In ihrer Erwiderung weist Frau Dr. Bartels zunächst darauf hin, daß bei der als Beispiel angeführten Volkszählung 1970 erste, ziemlich umfassende Ergebnisse des totalen Zählungsteils von den Statistischen Ämtern bereits im Herbst 1971 bekanntgegeben wurden. Dabei handelte es sich u.a. um zahlreiche, für die Verwaltung besonders wichtige Angaben in tiefer regionaler Gliederung. Die vollständigen Angaben dieses Teils lagen im Statistischen Bundesamt Mitte 1972 vor. Im Anschluß daran wurden die differenzierten und weniger zeitgebundenen Angaben des repräsentativen Teils der Volkszählung zusammen mit dem Rest des Totalteils in mehr als 20 Bänden sukzessive bis Herbst 1974 veröffentlicht.

Im Hinblick auf die künftigen Veröffentlichungstermine gibt Frau Dr. Bartels zu bedenken, daß umfangreiche Tabellenwerke, wie sie bei Großzählungen erstellt werden, stets eine gewisse Aufbereitungsdauer erfordern. Trotzdem ist die Frage einer schnellen Bereitstellung der Ergebnisse bereits Gegenstand eingehender Beratungen in der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des Zählungswerks 1981 gewesen.

Ziel ist es vor allem, wie Dr. Jacob ergänzend ausführt, die Zeitspanne zwischen der Vorlage der ersten und der folgenden Ergebnisse zu verkürzen. Die Statistischen Ämter sind bestrebt, die Aufbereitungsarbeiten so rationell und schnell wie möglich durchzuführen; für eine genaue Arbeits- und Zeitplanung ist es z.Z. aber noch zu früh.

Aus der Sicht des Deutschen Gewerkschaftsbundes bedauert Dr. Markmann, daß den sozialen Tatbeständen im Konzept der Volkszählung nur eine geringe Priorität beigemessen wurde. In Anbetracht des vorgegebenen finanziellen Rahmens spricht er sich für eine Einschränkung der Pendlerstatistik zugunsten der Aufnahme weiterer sozioökonomischer Merkmale aus. In seiner Entgegnung weist Dr. Jacob darauf hin, daß der Komplex der Pendelwanderung, der für Zwecke der Verkehrspolitik und zur Beurteilung der verkehrsmäßigen, wirtschaftlichen und finanziellen Verflechtungen eines Raumes unabdingbar ist, von seiten der Bundesressorts und der Länder gegenüber dem ursprünglichen Konzept einige Erweiterungen erfahren hat. Da für die Erfassung des Zeitaufwandes und des Verkehrsmittels der Pendler jedoch Strichmarkierung vorgesehen ist, war der zusätzliche finanzielle Aufwand nur unerheblich. Dr. Jacob gibt zu bedenken, daß dieser Aspekt auch im Abteilungsleiterausschuß Statistik eingehend beraten worden ist und u.a. zu einer Beschränkung der Antwortkategorien bei der Frage nach dem benutzten Verkehrsmittel geführt hat.

Noch nicht entschieden ist, welche Priorität der Pendlerstatistik bei der Aufbereitung zukommen soll. Von seiten der Länder, insbesondere von den Stadtstaaten, wird gefordert, die Pendlertabellen vorrangig zu behandeln. Ungeachtet der Klärung dieser Frage werden sich hieraus jedoch keine Verzögerungen in der Gesamtaufbereitung ergeben, weil die Aufbereitung der Pendlerfragen unabhängig von den anderen Bereichen erfolgen kann.

Anknüpfend an die Stellungnahme von Dr. Markmann erinnert Frau Dr. Bartels daran, daß mit der Besprechung des Konzepts für das Zählungswerk 1981 im Rahmen dieser Beiratstagung u.a. das Ziel verfolgt werden sollte, die Wünsche derjenigen Konsumenten kennenzulernen, die an den bisherigen Vorbesprechungen nicht teilgenommen haben. Auf Frage von Frau Dr. Bartels präzisiert Dr. Markmann seine Anforderung dahingehend, daß insbesondere soziale Schichtungsmerkmale, wie leitende/aufsichtsführende Tätigkeit, in den Fragenkatalog der Volkszählung aufgenommen werden sollten.

Bei der Festlegung des Merkmalskataloges ist, wie Frau Dr. Bartels erläutert, erörtert worden, ob Tatbestände, die nur für überregionale Auswertungszwecke benötigt werden oder sachlich schwierig zu erfassen sind, nicht besser im Rahmen des Mikrozensus erhoben werden. Dies gilt in besonderem Maße auch für den von Dr. Markmann angesprochenen Fragenkomplex,

bei dem eine Interviewerbefragung vermutlich zuverlässigere Angaben erbringt. Dem Einwand von Dr. Markmann, der im Hinblick auf die Repräsentation einer solchen speziellen Bevölkerungsgruppe im Mikrozensus Verzerrungen der Ergebnisse befürchtet, hält sie entgegen, daß beim Mikrozensus lediglich einschränkend zu bemerken sei, daß die Ergebnisse nicht in tiefer wirtschaftssystematischer und regionaler Gliederung verfügbar sind.

Dieser Gesichtspunkt wird auch von Dr. Schwarz unterstrichen, der darauf hinweist, daß sozioökonomische Tatbestände schon seit langem zum festen Programm des Mikrozensus gehören und in einigen Fällen Versuche, diese Merkmale in der Volkszählung zu erfassen, z.B. die Einkommenschichtung, zu keinem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Die Bedeutung, die der Volkszählung in diesem Zusammenhang zukommt, liegt insbesondere darin, daß sie die einzige Quelle ist, aus der umfassende und detaillierte Angaben über Berufe anfallen. Die Streichungen beziehen sich dagegen in erster Linie auf Tatbestände, die auch im Rahmen einer Stichprobe mit ausreichender Genauigkeit erfaßt werden können. So ist beispielsweise die Frage nach dem Nettoerwerbseinkommen, die wichtige Informationen zur Untergliederung der Angestellten lieferte, nicht wieder aufgenommen worden, weil es - im Hinblick auf den Mikrozensus - nicht zumutbar erschien, die gesamte Bevölkerung danach zu fragen.

Als weiteren Punkt berührt die Diskussion kurz die bildungsstatistischen Merkmale. Aufgrund einer Umfrage bei den Kultusministern schlägt Dr. Mohr (KMK) vor, die Antwortvorgaben bei dem Merkmal "Höchster Schulabschluß an berufsbildenden Schulen" um die Kategorie "Fachoberschule" zu erweitern. Im Hinblick auf die aktuelle bildungspolitische Diskussion hält Dr. Markmann eine Streichung der Merkmale "Dauer der Ausbildung an berufsbildenden Schulen" und "Jahr des letzten Abschlusses" für bedenklich.

Dr. Schwarz erläutert, daß bei den Streichungen bildungsstatistischer Tatbestände die Überlegung im Vordergrund stand, daß die Frage nach dem gegenwärtigen Schulbesuch in erster Linie für die Abgrenzung der Ausbildungspendler wichtig ist und im übrigen die Daten der laufenden Schulstatistiken eine ausreichende Informationsgrundlage bilden. Den Fragen nach Dauer und Jahr des Abschlusses der Berufsausbildung kommt im Vergleich zu anderen bildungsstatistischen Tatbeständen nur sekundäre Bedeutung zu. Abgesehen von diesen Einschränkungen ist der Katalog der bildungsstatistischen Merkmale gegenüber 1970 weitgehend unverändert.

Dr. Jacob erinnert daran, daß das Zählungsprogramm einen Kompromiß der verschiedenen Anforderungen darstellt. Bei den Beratungen im Abteilungsleiterausschuß Statistik wurden dabei insbesondere die Möglichkeiten berücksichtigt, andere statistische Quellen zur Erfassung bestimmter Tatbestände heranzuziehen. Mit dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft konnte Einigkeit erzielt werden, einen Teil der bildungsstatistischen Fragen durch den Mikrozensus abzudecken. Herr Dahms, der diesen Ausführungen beipflichtet, weist darauf hin, daß sich der Abteilungsleiterausschuß Statistik bei seinen Beschlüssen vom Grundsatz der Wirtschaftlichkeit hat leiten lassen. Im Hinblick auf eine Entlastung der Befragten und eine Kostensenkung hat dies zu einer weitgehenden Verlagerung von Großzählungen auf fachliche Einzelbefragungen geführt. Großzählungen sollen künftig auf die Erhebung wichtigen Grundlagenmaterials beschränkt werden.

Als Fazit hält Frau Dr. Bartels fest, daß die Volkszählung lediglich einige wichtige Eckzahlen über den Bildungsstand der Bevölkerung erbringen soll. In sachlicher Hinsicht liegt das Schwergewicht auf dem Nachweis der Erwerbstätigen in tiefer wirtschafts- und berufssystematischer Gliederung und der Zusammenhänge zwischen erlerntem und ausgeübtem Beruf. Neben der Bereitstellung von Ergebnissen in tiefer regionaler Gliederung, stellt die Analyse der Zusammenhänge zwischen Ausbildung und Erwerbstätigkeit, deren Bedeutung auch von Dr. Markmann und Herrn Dahms unterstrichen wird, eines der wichtigsten Auswertungsziele der Volkszählung dar.

Auf eine Frage von Dr. Hanau zu den wohnungsstatistischen Feststellungen, weisen Herr Menge und Dr. Schwarz darauf hin, daß eine Unterteilung der leerstehenden Wohnungen nach öffentlich geförderten und freifinanzierten Wohnungen möglich ist.

Die Diskussion wendet sich anschließend den Kosten des Zählungswerks zu. Dr. Meichsner vom Deutschen Landkreistag stellt die Frage, ob in den Kosten von 290 Mill. DM auch die Aufwendungen berücksichtigt sind, die den Kommunen bei der Durchführung der Zählung entstehen. Nicht vorstellbar erscheint ihm insbesondere, daß im Anteil, der auf die gebäude- und wohnungsstatistischen Fragen entfällt, ein ausreichender Ansatz für die kommunalen Kosten enthalten ist, die er überschlägig auf 3 DM je Einwohner schätzt. Unabhängig von der Frage, welche Kosten schließlich den Gemeinden erstattet werden, sollten nach seiner Auffassung im Gesetzentwurf die gesamten entstehenden Kosten ausgewiesen werden.

Auf die Kalkulation des Zählungswerkes eingehend, erläutert Dr. Jacob, daß in den Kosten, die von den Statistischen Ämtern nach dem Kostenstand vom 1.1.1975 ermittelt worden sind, die Kosten des Bundes, der Länder und der Gemeinden enthalten sind. Der Bund ist bereit, den Ländern, auch für ihre Gemeinden, 57 Mill.DM zuzuschießen. Eine Fortschreibung dieser Kosten bis 1981 ist vorgesehen. Weitergehende Forderungen der Gemeinden würden, wie Dr. Jacob betont, die Durchführung des gesamten Zählungswerkes in Frage stellen.

Bezüglich der im Gesetzentwurf anzugebenden Kosten, führt Dr. Ordemann aus, daß die vom Bund zu tragenden Belastungen in dem von Dr. Jacob dargestellten Umfang ausgewiesen werden sollen. Die Erstattung der Gemeindegemeinkosten muß zwischen Ländern und Gemeinden ausgehandelt werden.

Herr Wimmer führt aus, daß es den Vertretern der Gemeinden nicht darum geht, welche Kosten den Gemeinden letztlich erstattet werden. Ob die Länder einem Bundeszuschuß von 1 DM je Einwohner zustimmen, wird sich erst in den Beratungen des Bundesrates herausstellen. Aufgrund der neuen gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien hat sich die Situation gegenüber früheren Zählungen aber insofern geändert, als bei Gesetzesvorhaben die Gesamtbelastung der drei öffentlichen Ebenen, Bund, Länder und Gemeinden, auszuweisen ist.

Dr. Friebe, der Herrn Wimmer in diesem Punkt zustimmt, verweist darauf, daß die Finanzausweisungen des Bundes an die Länder als Empfänger gehen, die weitere Verteilung dieser Mittel jedoch nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministers der Finanzen fällt. Einem Bundeszuschuß von 3 DM je Einwohner an die Gemeinden steht er ablehnend gegenüber. Eine gewisse Reserveposition besteht nach seiner Auffassung aber noch bei der Fortschreibung der Kosten bis 1981. Dr. Ordemann erklärt seine Bereitschaft, in der Gesetzesbegründung auf die Belastung der Gemeinden hinzuweisen, ohne diese jedoch zu quantifizieren.

Die Diskussion zusammenfassend macht Frau Dr. Bartels auf die Problematik der Ermittlung der Gemeindegemeinkosten aufmerksam. Im Hinblick auf die schon zwischen den Ländern differierenden Kalkulationsansätze sind ihrer Meinung nach zuverlässige Kostenschätzungen angesichts der großen Zahl der Gemeinden nahezu unmöglich. Mit Nachdruck begrüßt Frau Dr. Bartels die Aussage der Vertreter der Gemeinden, das Zählungswerk nicht an überhöhten Finanzforderungen scheitern zu lassen.

III. Weitere ausgewählte Arbeiten im Rahmen der Amtsarbeit

1. Umbasierung der Preis- und Mengenindizes auf das neue Basisjahr 1976

In einer kurzen Einführung faßt Dr. Jacob noch einmal die Überlegungen zusammen, die für die Wahl des neuen Indexbasisjahres ausschlaggebend waren. Er erinnert an die bei den Mitgliedern des Statistischen Beirats durchgeführte Umfrage, die weitgehendes Einverständnis mit der Wahl des Jahres 1976 als neues Original-Basisjahr ergeben hatte. Ergänzend informiert Dr. Jacob den Statistischen Beirat über die Absicht der Europäischen Gemeinschaften, das Jahr 1980 als nächstes Original-Basisjahr festzulegen, und die damit verbundenen zeitlichen und organisatorischen Probleme.

Die Diskussion wendet sich anschließend einem Teilaspekt der Umstellungsarbeiten zu, den das Bayerische Statistische Landesamt in einem Schreiben an das Statistische Bundesamt aufgeworfen hat. Im Hinblick auf die Schwierigkeiten, die durch Indexumbasierungen bei der Auslegung von Wertsicherungsklauseln auftreten können, war darin die Forderung erhoben worden, den Berichtigungszeitraum möglichst kurz zu halten. Dies kann erreicht werden, indem die Indexneuberechnungen - vor allem die Aufstellung neuer Wägungsschemata - sehr zügig durchgeführt und die bislang üblichen Rückrechnungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt werden. Unterstützt wird diese Anregung, unter Hinweis auf entsprechende Empfehlungen des Fachausschusses Preis- und Lohnstatistik, auch von Dr. Mohr (StLA SchH). Ein langer Korrekturzeitraum führt, insbesondere für die Statistischen Landesämter, die eigene Indizes berechnen, zu erheblichem Arbeitsaufwand und läßt die Zahl der Anfragen zur Anwendung von Wertsicherungsklauseln sprunghaft ansteigen. Einen möglichst raschen Abschluß der Umstellungsarbeiten und einen Verzicht auf Rückrechnungen würde er deshalb als wesentliche Erleichterung begrüßen.

In seiner Stellungnahme weist Herr Kunz darauf hin, daß die Länge des Rückrechnungszeitraums bei der Umstellung auf das Basisjahr 1970 durch den großen zeitlichen Abstand zum vorhergehenden Basisjahr 1962 ungünstig beeinflusst wurde. Da Indizes im allgemeinen mit wachsendem zeitlichen Abstand zum Basisjahr zunehmend unrealistischer werden, waren sie seinerzeit im Einvernehmen mit den Statistischen Landesämtern bis 1968 original rückgerechnet worden. Die vom Stati-

stischen Bundesamt bis 1975 durchgeführten Kontrollrechnungen unter Verwendung neuerer Warenkörbe für ausgewählte Indizes haben jedoch gezeigt, daß zur Zeit keine gravierenden Abweichungen zwischen den verschiedenen Indexreihen bestehen, so daß Rückrechnungen über das Basisjahr 1976 hinaus nicht erforderlich sind.

Was den Zeitbedarf für die Berechnung der Wägungsschemata anbetrifft, so wirkt sich u.a. aus, wie Herr Kunz erläutert, daß allein fünf verschiedene Preisindizes für die Lebenshaltung berechnet werden. Probleme wirft vor allem der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte auf, weil das Basismaterial für die Umstellung der Wägungsschemata hier nur den Einkommens- und Verbrauchsstichproben entnommen werden kann. Im Unterschied zu 1970, wo dieses Basismaterial aus der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969 zur Verfügung stand, sind diesmal die Verbrauchsstrukturen des Jahres 1973 - getrennt nach Preis- und Mengenkomponente - auf das Jahr 1976 fortzurechnen. Anhaltspunkte für die besonders arbeitsaufwendige Fortschreibung der Mengenkomponente vermitteln zwar die laufenden Wirtschaftsrechnungen, teilweise ist jedoch auch eine Neuauswahl der Güter erforderlich. Ein rascher Abschluß der Umstellungsarbeiten liegt, wie Herr Kunz betont, auch im Interesse des Statistischen Bundesamtes; innerhalb der nächsten zwei Jahre sind diese Arbeiten jedoch nicht zu bewältigen.

Hinsichtlich des Aussagegehalts der Preisindizes auf Basis 1970 in den nächsten Jahren, weist Herr Kunz darauf hin, daß das Hauptinteresse der Benutzer den Jahresänderungsraten und deren Veränderungen gilt. Der Aussagegehalt dieser Daten wird aber durch die Verwendung eines Wägungsschemas aus dem Jahre 1970 längst nicht in dem Maße beeinflußt wie langfristige Indexvergleiche.

Auf die Anfragen zur Anwendung von Wertsicherungsklauseln eingehend, hebt Herr Kunz hervor, daß sich das Statistische Bundesamt in solchen Fällen auf allgemeine Hinweise beschränkt und insbesondere keine Empfehlungen zur Wahl eines bestimmten Wertmaßstabes gibt bzw. zu den Konsequenzen bereits vereinbarter Wertsicherungsklauseln Stellung nimmt. Aus der Sicht der Statistischen Landesämter können Dr. Scheingraber und Dr. Mohr der Anregung, an sie gerichtete Anfragen nur allgemein zu beantworten, nicht zustimmen. Dem hält Frau Dr. Bartels entgegen, daß eine spezielle Rechtsberatung nicht Aufgabe der Statistischen Ämter sein kann. Ungeachtet der Klärung die-

ser Frage sieht Dr. Mohr einen Ausweg in einem möglichst raschen Abschluß der Umstellungsarbeiten. Er appelliert deshalb an das Statistische Bundesamt, alle verfügbaren Kräfte auf die Erstellung der Wägungsschemata zu konzentrieren.

Als Ergebnis der Diskussion hält Frau Dr. Bartels fest, daß im Statistischen Beirat allgemeines Interesse an einem raschen Abschluß der Umstellungsarbeiten besteht. Zum Zeitbedarf für die Umbasierung der Indizes gibt sie zu bedenken, daß die erforderlichen Arbeiten neben dem laufenden preisstatistischen Arbeitsprogramm bewältigt werden müssen und zusätzliche Arbeitskräfte weder zur Verfügung stehen noch für diese äußerst schwierige Aufgabe eingesetzt werden könnten. Zur Zeit ist deshalb noch keine Aussage darüber möglich, wann die Arbeiten abgeschlossen werden. Von diesem Fertigstellungstermin aus müssen die Indizes jedoch in jedem Fall bis zum Basisjahr 1976 rückgerechnet werden.

Auf eine Frage von Herrn Birkhan eingehend, der sich nach der Zusammensetzung des den Indexberechnungen zugrunde liegenden Warenkorbes erkundigt, weist Frau Dr. Bartels auf die Bedeutung hin, die den Einkommens- und Verbrauchsstichproben in bezug auf die detaillierte Darstellung der Verbrauchsstruktur und der Verbrauchsgewohnheiten der Bevölkerung zukommt. Frau Dr. Bartels gibt zu bedenken, daß eine längere als 5-jährliche Periodizität dieser Erhebung - wie in der parlamentarischen Beratung über die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 vorgeschlagen - zugleich negativen Einfluß auf die Bemühungen hätte, zu einem regelmäßigen, etwa fünfjährlichen Turnus für die Umbasierung der Indizes zu kommen. Dahinter steht aber wiederum der Gedanke, daß auf längere Sicht versucht werden sollte, sich dem Rhythmus der Europäischen Gemeinschaften anzupassen. Eine Abstimmung der nationalen Basisjahre mit den von den Europäischen Gemeinschaften empfohlenen wird auch von Herrn Hix begrüßt, der auf die bei unterschiedlichen Basisjahren erforderlichen arbeitsaufwendigen Umrechnungen aufmerksam macht.

2. Stand der Rechtsgrundlagen

Mit einer kurzen Einführung in die vom Statistischen Bundesamt vorgelegte Besprechungsunterlage eröffnet Dr. Jacob die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt. Anknüpfend an den vom Statistischen

Bundesamt in der Amtsleiterkonferenz im März d.J. vorgetragenen Zeitplan für die parlamentarische Beratung des Gesetzes über die Durchführung einer Repräsentativstatistik auf dem Gebiet des Wohnungswesens 1978, erkundigt sich Dr. Scheingraber, ob angesichts der eingetretenen Verzögerungen eine gemeinsame Durchführung von Wohnungsstichprobe und Mikrozensus im Frühjahr 1978 überhaupt noch möglich erscheint. Herr Menge informiert den Statistischen Beirat, daß die erste Beratung im Bundesrat nunmehr für den 15. Juli vorgesehen ist. Falls erforderlich, könnte die Gegenäußerung der Bundesregierung während der Sommerpause erfolgen, im Anschluß daran könnten - wie ursprünglich vorgesehen - die Bundestagsausschüsse ihre Beratungen aufnehmen. Trotz der eingetretenen Verzögerung ist damit eine rechtzeitige Verabschiedung des Gesetzes möglich.

3. Beirats- und Fachausschußarbeit

Die vom Statistischen Bundesamt vorgelegte Besprechungsunterlage über die Tätigkeit der Beiratsgremien im abgelaufenen Berichtsjahr nimmt der Statistische Beirat ohne Aussprache zur Kenntnis. Allgemeine Zustimmung findet die für November vorgesehene Sitzung des Fachausschusses "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen", zu der eine Einladung an die Beiratsmitglieder ergangen ist.

Im Hinblick auf die aktuelle Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, die nicht im Fachausschuß beraten wurde, spricht sich Dr. Markmann dafür aus, im Rahmen der Tagung einzelne methodische Änderungen zu erörtern. Dr. Hamer erläutert, daß diese Revision vor allem die Aufgabe hatte, neueres statistisches Ausgangsmaterial, insbesondere die Unterlagen aus mehrjährigen Erhebungen, die für die Revision 1970 noch nicht verfügbar waren, in die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen einzuarbeiten. Die methodischen Änderungen gehen u.a. auf Anforderungen der Europäischen Gemeinschaften zurück, die im Zusammenhang mit der allgemeinen Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu sehen sind; sie waren aus der Sicht der Rationalisierung der Arbeiten zwangsläufig. Alle wichtigen Fragen sind mit den Hauptkonsumenten, insbesondere dem Bundesministerium für Wirtschaft, einigen anderen Bundesministerien sowie z.T. auch der Bundesbank, besprochen worden. Zur vorgesehenen Tagesordnung führt Dr. Hamer aus, daß beabsichtigt ist, einen allgemeinen Überblick über den gegenwärtigen Stand und die

Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu geben, der u.a. Fragen der Sektorengliederung, der Einkommensverteilung und -umverteilung und der Input-Output-Rechnungen einschließen wird. Ferner sollen die Fortschritte auf dem Gebiet von Sach- und Geldvermögensrechnungen diskutiert und die Möglichkeiten der Durchführung von Alternativrechnungen zur Berücksichtigung von Wohlfahrtsaspekten erörtert werden.

Auf Wunsch von Prof. Krengel, der auf das zeitliche Zusammentreffen mit der Vorlage der Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute hinweist, soll versucht werden, einen späteren Termin für die Sitzung des Fachausschusses zu vereinbaren.

Zu dem von Herrn Nienhaus angeschnittenen Problem, daß den Fachausschüssen durch die Vorlage bereits weitgehend festgelegter Konzepte kaum mehr Gestaltungsmöglichkeiten verbleiben, führt Frau Dr. Bartels aus, daß durch die umfassende Prüfung auch des zukünftigen statistischen Programms im Abteilungsleiterausschuß Statistik in einigen Fällen, wie der Volkszählung und der Wohnungstichprobe, eine Ausnahmesituation entstanden ist. Dabei handelt es sich aber nicht um eine Entwicklung, die als typisch für die Zukunft angesehen werden darf, sondern das Statistische Bundesamt ist wie bisher bestrebt, den Statistischen Beirat und seine Gremien möglichst frühzeitig in die Beratungen über die inhaltliche Struktur des statistischen Arbeitsprogramms einzuschalten.

4. Verschiedenes

Unter diesem Tagesordnungspunkt wird auf Wunsch des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Stand der Arbeiten an der Statistischen Datenbank erörtert. Frau Dr. Bartels gibt einleitend einen Überblick über die im Zeitraum seit der letzten Beiratstagung geleisteten Arbeiten. Die Statistische Datenbank wird nach Abschluß der ersten Aufbauphase ab Herbst 1977 allen Benutzern der amtlichen Statistik zur Verfügung stehen. Zu diesem Zeitpunkt wird der überwiegende Teil der in den Datenprogrammen "Konjunkturstatistisches Programm" und "Programm Lange Reihen" vorgesehenen Daten sowie die aus Großzählungen stammenden Daten des "Regionalstatistischen Programms" abrufbereit vorliegen. Im Rahmen des Statisti-

schen Auswertungs- und Analysesystems stehen darüber hinaus die wichtigsten Hilfsmittel für den Zugriff auf die Daten und das Erstellen von Tabellen sowie gängige mathematisch-statistische Methoden für den Benutzer bereit. Zur Einführung dieses neuen Instruments bei Parlament, Regierung und sonstigen Stellen in Bonn wird die vorübergehende Einrichtung einer "Beratungsstelle Statistisches Informationssystem" in Bonn angestrebt. Detaillierte Auskunft über das Leistungsangebot der Statistischen Datenbank wird ferner ein Benutzerhandbuch geben, das unmittelbar vor der Fertigstellung steht; mit Kursen zur Benutzerschulung wurde zunächst im internen Bereich begonnen.

Ergänzend möchte Herr Hix wissen, inwieweit die Vorarbeiten zur Einrichtung eines Arbeitskreises zur Koordinierung der Statistischen Datenbank mit anderen Datenbanken, insbesondere der Ressorts, fortgeschritten sind, oder ob die geplante Beratungsstelle Bonn diese Funktion übernehmen soll. Frau Dr. Bartels weist auf die Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums für diese Fragen hin und macht auf die Tagung des Arbeitskreises APIS (Arbeitsprogramm zur Verbesserung des Informationswesens der Bundesverwaltung) im Mai 1977 aufmerksam, deren Ergebnis allerdings unbefriedigend geblieben ist. Aus der Sicht des Bundesministeriums für Wirtschaft unterstreicht Dr. Kolfenbach die Auffassung, daß die Herstellung der Kompatibilität der einzelnen Planungsdatenbanken der Bundesministerien und ihrer nachgeordneten Behörden mit der Statistischen Datenbank vorrangiges Ziel sein sollte. Dr. Kolfenbach erläutert, daß es ihm vor allem darauf ankommt, an Stelle der bisherigen manuellen Datenerfassung für die ressorteigene Datenbank die Dateneingabe auf Magnetbändern zu forcieren. Dr. Ordemann spricht sich dagegen aus, zunächst die Frage des technischen Zugriffs auf die Datenbestände in der Statistischen Datenbank und der Kompatibilität mit der technischen Ausrüstung der Benutzer in den Vordergrund zu stellen und sich auf diesem schwierigen Gebiet zuviel vorzunehmen. Seine Auffassung, daß man vor weiteren Überlegungen die Statistische Datenbank zuerst einmal anlaufen lassen sollte, wird von Herrn Hix geteilt, der aber zugleich bedauert, daß der Frage des technischen Zugriffsverfahrens auf die Datenbestände in der Statistischen Datenbank in den bisherigen Diskussionen nur geringes Gewicht beigemessen wurde.

Angesichts der knappen Personalausstattung hat, wie Frau Dr. Bartels die Diskussionsbeiträge zusammenfassend ausführt, das Statistische

Bundesamt sich mit Vorrang darauf konzentrieren müssen, die eigentlichen Arbeiten am Aufbau der Statistischen Datenbank voranzutreiben. Künftig wird jedoch der Frage des Verbunds der Statistischen Datenbanken bzw. Planungsdatenbanken verstärkt Aufmerksamkeit zu widmen sein, da bei einer unkoordinierten Weiterentwicklung der einzelnen Datenbanken die Gefahr besteht, daß unrationelle Doppelarbeiten bei der Einspeicherung und der Auswertung statistischer Daten und bei der Entwicklung und Programmierung von Auswertungsmethoden geleistet werden. Sie bittet das Bundesinnenministerium um Unterstützung in dieser Angelegenheit.

Mit dem Dank an die Teilnehmer für die Diskussionsbeiträge und Anregungen schließt Frau Dr. Bartels die 24. Tagung des Statistischen Beirats.